

Haushaltsrede 2007 (es gilt das gesprochene Wort)

Herr Landrat, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages.

Haushaltsplanberatungen bieten jährlich die Chance Rückblick und Ausblick miteinander zu verknüpfen, wobei die Rückschau heute nur kurz auf die wesentlichen Veränderungen eingeht, die für die Vorschau notwendig sind.

Was Zukunft anbelangt, so haben wir nicht die Aufgabe sie vorherzusehen, sondern sie zu ermöglichen, so formulierte es Antoine de Saint-Exupéry und dieser Auffassung schließt sich die Fraktion voll inhaltlich an. Wenn wir das zum Leitmotiv machen, "Zukunft ermöglichen", dann muss der Haushalt 2007, der mit dem „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ neue Wege beschreitet, auch hierfür deutlich nachvollziehbare Elemente aufweisen.

Ich will versuchen nachzuweisen, dass wir diesen Grundsatz nicht erst ab 2007 beherzigen sondern von diesen Gedanken schon seit Jahren in unserer Arbeit beseelt sind.

Hilfe für diesen Nachweis ist der kurze Rückblick auf 2006.

2006 haben wir einen Haushalt umgesetzt, der erneut die berechtigten Interessen der Städte und Gemeinden berücksichtigte und zwar in einem Maß, das durchaus landesweit nicht üblicher Standard ist.

Ich erinnere daran, dass wir in der Sitzung des Kreistages am 16.12.05 den Verzicht auf Kostenerstattungsbeträge im Rahmen der SGB II Jahresrechnung 2005 gegenüber den Städten und Gemeinden in Höhe von 3,2 Millionen Euro beschlossen haben.

Das waren ca. 1,5 Punkte Kreisumlage Verzicht!!

Das war unmittelbar wirksame Hilfe für die Kommunen in schwieriger Zeit!

Mit dieser Entscheidung, die einstimmig gefasst wurde, hat der Kreistag die Rolle des Partners der Städte und Gemeinden verdeutlicht und nicht die Rolle einer Heuschrecke, wie das auch jetzt noch gelegentlich behauptet wird. Wir verstanden und verstehen uns, so sieht es meine Fraktion, als Verantwortungsgemeinschaft in der kommunalen Familie. Mit dieser gemeindefreundlichen Entscheidung haben wir 2006 erneut ein wenig die Möglichkeit in den Städten und Gemeinden eröffnet, Zukunft zu gestalten.

Eintagsfliege?

Nein, nein! das hat Tradition im Kreis und ich bin nach anfänglicher Skepsis, was die Sinnhaftigkeit und den nicht billigen Einsatz der Gemeinde- Prüfungs- Anstalt in unserem Kreis anbelangte vom Saulus zum Paulus geworden.

Wir haben mit dem Bericht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsprüfung am 13.11.06 ein Ergebnis in der Prüfung erhalten, das uns im interkommunalen Vergleich ausgesprochen günstige Werte bescheinigt und uns bestätigt, dass das subjektive Empfinden, wir gestalteten seit Jahren kommunal- und bürgerfreundliche Politik nun auch an objektiven Maßstäben gemessen deutlich, sozusagen amtliche Bestätigung erfährt. Einige Beispiele, exemplarisch herausgegriffen aus der Präsentation, die uns ja im RPA im April dann in der Gesamtschau beschäftigen wird.

Gebäudewirtschaft.

Ausgaben Bauunterhaltung je Quadratmeter:
beste Note –grüne Ampel.

Ergebnis: **Insgesamt guter Zustand der Immobilien bei hoher Energieeffizienz, und mal hinhören: vergleichsweise niedriger Mitteleinsatz(noch vertretbar- will sagen es könnte mehr Geld ausgegeben werden), systematische Werterhaltung!!!!**

Bewirtschaftungsausgaben je Quadratmeter:

Ergebnis: **Niedrigstes Ausgabenniveau aller 31 Kreise!!**

ausgezeichnetes Vertragsmanagement im Bereich Gebäudereinigung, schlanke und gebäudewirtschaftlich orientierte Hausmeisterorganisation und professionelles und engagiertes Energiemanagement.

Finanzen und damit Kreisumlage:

Ausgaben des Kreises Warendorf bewegen sich auf deutlich niedrigem Niveau!!

Wir haben einen Ausgabewert von 433.- Euro je Einwohner, der Mittelwert aller Kreise liegt bei 494.93, was zu dieser ausgezeichneten Bewertung führt. Würden wir nur den Mittelwert der Kreise je Einwohner gebrauchen, also 60.-Euro mehr, dann wären unsere Ausgaben um 16,8 Millionen Euro höher!! Hier wird das Ergebnis deutlich sichtbar!!

Feststellung bei den bereinigten Sachausgaben: (Fi 32)

Der Kreis erreicht mit einem um durchschnittlich 39.-Euro unter dem Mittelwert aller Kreise liegenden Ausgabensatz von 40.99 im interkommunalen Vergleich bei den Sachausgaben einen Wert, der zum Minimalwert tendiert (37.80)!

In der Gesamtaussage ist folgendes Fazit der Prüfer bemerkenswert und damit der Nachweis erbracht, dass wir auch in den zurückliegenden Jahren mit

- konsequenter Ausgabendisziplin,
- mit Organisations- und Ablaufoptimierung und
- mit einem ausgezeichneten Gebäudemanagement

Sparpotentiale ausgeschöpft und im Interesse der Minimierung von Umlagekosten und damit zukunftsichernd für die Kommunen auch genutzt haben.

Zitat:

Der Kreis Warendorf erreicht sowohl bei den Personal- als auch bei den Sachausgaben ein interkommunal niedriges Niveau, weil bereits innerhalb des Prüfungszeitraums Einsparpotentiale generiert wurden.

Da auch der Anteil der Ausgaben für Sozialleistungen sich ebenfalls unterdurchschnittlich gestaltet, mündet dies in einem insgesamt niedrigen Finanzbedarf, der sich interkommunal: man höre genau hin: am Minimalwert orientiert.!!!

Fazit für die CDU Fraktion:

Wir brauchen die jährlich aufkommenden Ermahnungen, uns kommunalfreundlich zu verhalten nicht,

- weder von Fraktionen aus diesem Haus
- noch aus den Städten und Gemeinden.

Wir haben hier amtlich bestätigt keinen Nachholbedarf!

Wir sind nachweislich seit Jahren kommunalfreundlich und das bleibt auch im Haushalt 2007 so!!

An dieser Stelle aber auch ganz herzlichen Dank an die Verwaltung in der Gesamtheit.

Diese guten Ergebnisse fallen nicht vom Himmel!! Sie sind das Arbeitsergebnis einer hochkonzentriert und effektiv arbeitenden Verwaltung auf allen Ebenen. Herr Landrat, ich bin sicher, ich spreche hier für die Gesamtheit des Kreistages und bitte Sie herzlich, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Wertschätzung ihrer Arbeit durch die Politik zu übermitteln.

Mit dem vorgelegten Haushalt und der heute zu beschließenden Senkung der Kreisumlage um insgesamt 1,8 Punkte gegenüber dem Haushalt 2006 hat sowohl der Landrat als auch die Politik die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten erneut genutzt – und zwar voll und allumfassend -, um der Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden und der angemessenen Aufgabenerledigung des Kreises abgewogen Rechnung zu tragen.

Wir lassen uns weder von der SPD noch von der FWG vorhalten, wir sollten nun endlich den notleidenden Gemeinden entgegenkommen. Lesen Sie den Prüfbericht sorgfältig, vielleicht Kommen Sie dann auch zu den vorgetragenen Erkenntnissen.

Wir geben auch 2007 den Städten und Gemeinden, in der Tradition der Verantwortungsgemeinschaft, einen erheblichen Teil unserer originär zustehender Einnahmen aus den Umlagegrundlagen zurück.

Die Steigerung der Finanzkraft aller Städte und Gemeinden im Kreis- Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen macht gegenüber 2006 einen Mehrbetrag von 22,5 Millionen aus.

Dem Kreishaushalt stehen nach dem Gesetz davon automatisch, bei einem Hebesatz von 32,6 % Punkten 2006, 7,3 Millionen Euro zu.

Wir erheben, bezogen auf die Haushaltseinbringungsdaten, einen Hebesatz von 31.0 und geben damit 4 Millionen Euro von dem Mitnahmeeffekt zurück.

4 Millionen Euro, ich betone es noch einmal, 4 Millionen, die dem Kreis nach Gesetz zustehen, das ist konkret eine Entlastung der kommunalen Familie von 1,7 Punkten Kreisumlage.

Daran ändert sich auch nichts, wenn nun die Hartz IV Kosten wieder über die Kreisumlage mit aktuellem Hebesatz abgerechnet werden. Die Substanz bleibt unverändert.

Und weil das so ist, will die CDU Fraktion ein gutes Ergebnis nicht einfach zur Kenntnis nehmen und sich zurücklehnen.

Ein Sprichwort sagt:

Wer will, dass die Welt so bleibt wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.

Wir wollen das Gute sichern und mit Kräften weiter entwickeln, wir wollen verändern im Sinne des Eingangszitats.

Und dazu werden wir heute mit breiter Mehrheit im Kreistag beschließen:

Die Kreisumlage wird gegenüber dem Entwurf erneut gesenkt und es wird ein ausgeglichener Haushalt verabschiedet. Damit lehnen wir das Ansinnen der weiteren Senkung der Kreisumlage, wie von der SPD beantragt ab, was im Ergebnis auch zu einem unausgeglichenen Haushalt führen würde.

Wir wollen keine Tricks, keine Scheinbuchungen, wie das im Finanzausschuss von Seiten der SPD angeklungen ist, um die 1 Millionen Euro zusätzlich mal eben rechnerisch darzustellen.

Wir stehen für Wahrheit und Klarheit im Haushalt und in seinen Einzelansätzen-!!!
soweit das zum entscheidungserheblichen Zeitpunkt möglich ist.

Wir kehren mit breiter Mehrheit die letzte verfügbare Spitze von 500.000 Euro- neben den 4 Millionen Verzicht auf Umlagemitnahme aus, eben weil wir Partner und nicht Gegner der Bürgermeister sind. Wir nehmen ihre Sorgen und Anregungen ernst und erfüllen mit 1,8 Punkten Senkung der Kreisumlage 90 % ig die Forderung, die auf 2 Punkte lautete.
Mehr ist nicht drin, wir bleiben da seriös.

Wir vermeiden erneut die Neuverschuldung und senken nun auch als „Zielvereinbarung“ deutlich unterstrichen die Schulden jährlich um mindestens 1 Millionen Euro.

Das verstehen wir unter Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik!!

Grundsätzlich sollen nur die Ressourcen verbraucht werden, die auch zur Verfügung stehen, damit nachfolgende Generationen nicht durch einen übermäßigen Ressourcenverzehr belastet werden. Daher keine Neuverschuldung!

Gleichzeitig darf sich der Kreis nicht überschulden bzw. darf hohe Schuldenstände nicht akzeptieren. **Der Schuldenabbau ist Zielvorgabe für alle staatlichen Ebenen**, wir befinden uns da im Kontext der Maastricht-Verträge.

Wir befinden uns da in Übereinstimmung mit den Bürgermeistern, die dieses Ziel als zentrale Aufgabe auch für sich sehen und wir sind einig mit Berlin und Düsseldorf.

So falsch, lieber Raimund, können wir da nicht liegen. Noch wäre Zeit die vorgetragene Auffassung, Schuldentilgung zu unterlassen, zurückzunehmen und mit uns den Haushalt zu verabschieden. Kehrt zur Gemeinsamkeit zurück, wäre meine herzliche Bitte.

Die Haushaltswirtschaft ist auch weiterhin darauf auszurichten, dass das Eigenkapital als Reinvermögen erhalten bleibt, denn nur so haben zukünftige Generationen eine Chance auf Gestaltung. Diesem Ziel fühlen wir uns verpflichtet und deshalb ist der Weg, die Ausgleichsrücklage, die ja Teil des Eigenkapitals ist für den Haushaltsausgleich heranzuziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, für uns auch kein gangbarer Weg.

Da sind wir dann auch beim Antrag der FWG, das Vermögen aus der gemeinnützigen Gesellschaft für Kultur **zu versilbern**, wie es der Fraktionsvorsitzende in einer Pressemitteilung darstellte und es nicht nur für die **Musikschule zu verwursten**.

Gleichzeitig wird von der FWG beklagt, dass wir in einem „**Schattenhaushalt**“ das Vermögen und die Nutznießung aus diesem Vermögen führen, quasi am Bürger und an den Städten vorbei.

Diese wirklichkeitsfremde Betrachtung gipfelt dann in der Forderung, endlich die Städte und Gemeinden an der Nutznießung zu beteiligen
oder , und nun wird der Antrag völlig konfus, weitere Aufgabenfelder des Kreishaushaltes- Sport- Jugend-Soziales pp – in eben diesen gerade zuvor beklagten „Schattenhaushalt“ zu übertragen. Was ist denn nun gewollt?

Schon die gewählten Termini machen das Einfühlungsdefizit und die Unkenntnis der Sachlage deutlich. Da wird dann ein so genannter Experte über Leserbrief aus Ennigerloh bemüht den Sachverhalt mal richtig klarzustellen, sozusagen per Expertise, da man ja sachkundiger Kommunalpolitiker vor Ort ist. Die dort aufgestellte Rechnung macht das Fundament deutlich, auf dem solche Anträge dann in den Kreistag kommen. Hat die FWG vergessen, dass Kommunalkredite langfristige Laufzeiten mit hohen Vorfälligkeitszahlungen bei vorzeitiger Auflösung nach sich ziehen?

Hat der Experte ganz vergessen, dass die Stadt Ennigerloh, die genau diesem Fachbeitrag der FWG gefolgt ist, gegen den Rat der CDU!! und die Aktien versilberte, um sie in Fonds anzulegen, Verluste in der Größenordnung von ca. 2 Millionen Euro eingefahren hat? Ist das die Teilhabe für die Bürger, die Sie im Auge haben? Ist das Teilhabe der Städte und Gemeinden??

Wir vernichten kein Vermögen, wir vermehren es durch diese Art des Einsatzes, das macht Sinn!!!

Wir haben nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit das Vermögen des Kreises zu erhalten. Das tun wir bei der Substanzpflege unserer Anlagen und Immobilien hier weise ich auf den Prüfbericht hin, das gilt auch für das Kapitalvermögen!

Wir haben im Prüfbericht bestätigt bekommen, dass wir verantwortlich und vorzeigbar mit den Ressourcen umzugehen verstehen. Wir versilbern kein Vermögen, **wir verwurschteln** kein Geld und schon gar nicht in Zusammenhang mit der Musikschule.

Die CDU Kreistagsfraktion begreift diese Aufwendungen als Investition in die Menschen, in unsere Jugend. Eine Sinn vermittelnde eine wertvolle Investition in einer Zeit der zunehmenden Sinnentleerung.

Über 5000 junge Menschen im Kreis nutzen dieses Angebot, zahlreiche Chöre und Kirchenchöre, das ganze Spektrum der Schulmusik, zahlreiche Festakte in den Städten und Gemeinden wären ohne die Musikschule nicht mehr möglich. Das nennen Sie verwurschteln !!

Übrigens, das Ruhrgebiet fördert mit dem Land NRW die Initiative: Jedem Kind ein Instrument und gibt dafür in den nächsten Jahren 50 Millionen Euro aus. Sie sehen, wir sind mit dieser Kulturförderung nicht allein.

Der Begriff verwurschteln ist in diesem Zusammenhang völlig unverständlich, ja geradezu grotesk. Kommen Sie zur Vernunft, auf diesem Niveau sind Sie keine ernsthaften Gesprächspartner!!

Die Städte und Gemeinden bekommen mit einem Volumen von 1,062 Millionen, die wir nun nicht über den Kreishaushalt abwickeln, unmittelbar einen Vorteil im Wert von eingesparter Kreisumlage, ca. 0,4 Punkte.

Das wird im Übrigen von den Bürgermeistern auch durchaus anerkannt. Die FWG weiß offensichtlich nicht, wie die Wirklichkeit ist, denn nur so sind so krause Gedanken überhaupt erklärlich.

Wir begrüßen das klare Bekenntnis der Mehrheit dieses Hauses, nur die FWG ist da anderer Auffassung, dass die RWE Aktien in der Substanz wertvoll sind und erhalten bleiben sollen.

Wie wir mit dem erzielten Zugewinn umgehen, wird die Verwaltung für das Wirtschaftsjahr 2008 prüfen und Vorschläge unterbreiten. **Verwurschtelt** wird aber auch dann nichts. Garantiert!!!

Mit dem Antrag auf **zusätzliches Personal in der Heimaufsicht** wollen wir sicherstellen, dass wir dem Bedürfnis der Seniorinnen und Senioren in unseren Wohnstätten entsprechen, den bestmöglichen Pflegestandard auch zu erhalten.

Wir misstrauen den Trägern nicht, wir haben aber eine Pflicht zur angemessenen Überprüfung, der über die formale Prüfung von Verwaltungsunterlagen hinausgeht. Nur das wollen wir gesichert wissen.

82.000 Stellen im Pflegebereich wurden durch die rot-grüne Regierung in der Zeit von 1995 – 2004 vernichtet, so haben es die Caritasverbände am 30. Januar dieses Jahres noch in einer Stellungnahme deutlich gemacht.

Der Pflegenotstand, so die Caritas, steht unmittelbar bevor, das begründet unsere Besorgnis und deshalb wollen wir genau hinsehen und zwar unangemeldet und fachlich kompetent.

Sollte sich der Einsatz auch bei der ambulanten Pflege in der Zielsetzung der Erschließung von Einsparpotentialen bestätigen, werden wir auch hier über eine weitere Optimierung nachdenken müssen.

Die Verkehrswacht erhält Planungssicherheit für ihre Arbeit, indem wir die Kosten der Geschäftsführung übernehmen. Eine wichtige Struktur der Prävention wird gesichert. Das ist uns wichtig für unsere schwächsten Teilnehmer, unsere Kinder.

Nicht zuletzt unterstützen wir noch deutlicher als bislang das ehrenamtliche Engagement mit einer Ausweitung im Volumen und in der Anwendungsbreite beim so **genannten innovativen Radwegebau.**

Auch hier wird deutlich, dass wir uns als Partner der Bürgerinnen und Bürger verstehen. **Wir wollen das Engagement, wir fördern das Engagement.**

Soziale Sicherheit und soziale Standards werden auf gutem Niveau gehalten und wie bei der Schuldnerberatung erneut angemessen und bedarfsorientiert erweitert.

Die Sporthallen bleiben auch in Zukunft ohne Hallengebühr nutzbar. Auch das ist aktive Sportförderung in bedeutender Höhe! Wir wollen aber, dass die nicht erzielten Einnahmen im HHPL 08 für jede Halle ausgewiesen und als Leistung des Kreises durch Einnahmeverzicht auch deutlich werden.

Kinderbetreuungsangebote werden ausgebaut, durch die Vernetzungen mit Familienzentren und durch den Aufbau eines Präventionsnetzwerkes im Interesse der Kinder, wird das Angebot behutsam weiterentwickelt.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Entscheidung der Landesregierung, weitere 9 Familienzentren noch in diesem Jahr im Kreis Warendorf möglich zu machen.

Die Zukunft gehört denen, die der nachfolgenden Generation Grund zur Hoffnung geben, sagt ein Sprichwort.

Ich bin sicher, dass wir mit der Fortsetzung unserer Finanz-, Familien-, Sozial- und Kulturpolitik, mit der überzeugten Fortsetzung der Politik vernünftiger umweltbezogener Verkehrs- und Abfallwirtschaft und **einer vorzeigbaren Schullandschaft**, die auf die Bildungschancen unserer jungen Menschen mit guten und aktuellen Angeboten und sehr guter Schulausstattung reagiert, Zukunft ermöglichen und unserer nachfolgenden Generation im Kreis Warendorf Grund zur Hoffnung geben.

Hoffnung geben, Zukunft sichern,

das wollen wir auch mit dem Thema **Integration** verbinden. Das ist nicht auf die Warteschleife geschoben. Bei allem Respekt, Frau Homann de Palma, um ihren Vorwurf an den Kreis und die CDU Fraktion in der Pressearbeit aufzugreifen:

Integration ist keine einseitige Bringschuld des Kreises und der Städte und Gemeinden. In allererster Linie brauchen wir Integrationswilligkeit!

Um überhaupt angemessen als Kreis das Thema bearbeiten zu können, brauchen wir eine kritische Bestands- und auch Schwachstellenanalyse, um dann,

- gemeinsam mit den Städten und Gemeinden, denn dort findet die Hauptarbeit statt,
- und allen sonstigen Beteiligten

nach Möglichkeiten zu suchen, wie Angebote zur Integrationsförderung über den bestehenden Rahmen hinaus unterbreitet und auch wirkungsvoll umgesetzt werden können.

Es ist auch keine Lösung Konzepte anderer Kreise einfach zu übernehmen, wie das aus Düren zum Beispiel. Wir müssen da unseren eigenen Weg finden. Wir sind, wie Eckehard Müller richtig formulierte, gemeinsam Suchende und nicht Wissende auf diesem Gebiet.

Vorwürfe sind da nicht angebracht.

Also ein wenig Geduld, gemeinsam arbeiten wir am gleichen Ziel und ich bin sicher, wenn alle guten Willens sind, erreichen wir es auch.

Hoffnung geben und Zukunft sichern, so lautet unsere Kernbotschaft.

Mit diesem Ziel identifiziert sich die CDU Fraktion!

Diese Zielsetzung erreichen wir mit dem vorgelegten Haushalt und deshalb, Herr Landrat, meine Damen und Herren, stimmen wir dem Haushalt mit den beantragten Änderungen aus Überzeugung zu.

Ich möchte nicht schließen ohne den Dank an die Verwaltung für die hervorragende Vorarbeit zur Aufstellung des Haushaltes nach NKF.

Ganz herzlichen Dank vor allem an den Kämmerer Dr. Stefan Funke und sein Team für die kompetente Hinführung zu diesem neuen System und der Begleitung während der Beratungen.

Karl-Wilhelm Hild
-Fraktionsvorsitzender-